

**Verwaltungsvorschriften
zu § 23 des Berliner Jugendarrestvollzugsgesetzes (JAVollzG Bln)**

vom 08. November 2023

JustV III B 1.3

Telefon 90 13 - 3155 oder 90 13 -0, intern 9 13 - 3155

Aufgrund des § 6 Absatz 2 Buchstabe b AZG wird zu Abschnitt 6, Grundversorgung und Freizeit, § 23 des Berliner Jugendarrestvollzugsgesetzes vom 27. September 2021 (GVBl. S. 1135), bestimmt:

1

(1) Die Arrestierten sind bei Bedarf auf Kosten des Landes Berlin mit der erforderlichen Anstaltskleidung auszustatten.

2

(1) Für die Ausstattung der Arrestierten ist die Finanzverwaltung der Anstalt zuständig. Sie hat die Anstaltskleidung, möglichst durch Produkte der Anstaltsbetriebe des Berliner Justizvollzugs, zu beschaffen und die ordnungsgemäße Verwaltung und Dokumentation der Bestände sicherzustellen.

(2) Die Verwahrung, Ausgabe und Rücknahme der Anstaltskleidung obliegt der Hauskammer. Die Bediensteten der Hauskammer haben durch Führung eines entsprechenden Verzeichnisses die Vollständigkeit des Bestandes an Anstaltskleidung nachzuweisen und deren Ausgabe an sowie deren Rücknahme von Arrestierten zu dokumentieren.

3

Die von der Anstalt gestellte Kleidung ist auf Kosten des Landes Berlin regelmäßig zu waschen bzw. zu reinigen; bei Bedarf ist sie durch Nähen oder Flickern auszubessern.

4

Anstaltskleidung darf erst dann vom Bestand ausgesondert und entsorgt werden, wenn nach ihrem Zustand eine Ausbesserung nicht möglich oder unwirtschaftlich ist. Die Aussonderung und Entsorgung sind zu dokumentieren.

5

(1) Die ordnungsgemäße Beschaffung, Verwaltung, Ausgabe und Rückgabe sowie die Aussonderung und Vernichtung der Anstaltskleidung sind durch die Anstalt mindestens einmal jährlich außerordentlich zu prüfen. Der Zeitpunkt der außerordentlichen Prüfung darf vor Aufnahme der Prüfungsarbeiten nicht bekannt gegeben werden. Zusätzlich ist eine Prüfung beim Wechsel der Leitung der Finanzverwaltung oder der Leitung der Hauskammer vorzunehmen.

(2) Durch die Prüfung soll festgestellt werden, ob bestimmungsgemäß verfahren wird, insbesondere der Bestands- und Aussonderungsnachweis ordnungsgemäß geführt wird und die Bestände vollständig vorhanden sind. Die Prüfung kann auf Stichproben beschränkt bleiben, wenn hierdurch bereits die Überzeugung von der ordnungsgemäßen Erledigung der Geschäfte erlangt werden kann. Die Durchführung der Prüfung und die Ergebnisse sind zu dokumentieren.

(3) Ergeben sich bei der Bestandsfeststellung Abweichungen vom Bestandsverzeichnis, so ist eine Klärung herbeizuführen. Bei Fehlmengen ist die Ersatzpflicht zu prüfen. Bei erheblichen Fehlmengen ist der Aufsichtsbehörde zu berichten.

6

(1) Die Arrestierten haften für vorsätzlich oder fahrlässig verursachte Schäden an der Anstaltskleidung und deren Verluste (§§ 823, 828 BGB). Veränderungen oder Verschlechterungen der Anstaltskleidung, insbesondere in Form von Abnutzung, Löchern oder Flecken, die durch den sachgemäßen Gebrauch herbeigeführt werden, haben die Arrestierten nicht zu vertreten.

(2) Zur Geltendmachung etwaiger Schadensersatzforderungen gegen die Arrestierten hat die Anstalt die Schäden, gegebenenfalls auch mittels Fotos, zu dokumentieren sowie weitere Beweismittel, insbesondere Zeugenaussagen, aufzunehmen.

Die volljährigen Arrestierten sind mündlich über ihre Schadensersatzpflicht zu unterrichten und zur Abgabe eines Schuldanerkenntnisses aufzufordern, sofern der Sachverhalt hinsichtlich des Bestehens der Anspruchsvoraussetzungen zur Geltendmachung von Schadensersatz hinreichend aufgeklärt ist und sie für ihr Handeln verantwortlich sind (§ 827 BGB). Bei minderjährigen Arrestierten ist neben der Zurechnungsfähigkeit nach § 828 BGB hinsichtlich eines Schuldanerkenntnisses deren beschränkte Geschäftsfähigkeit (§§ 106 ff. BGB) zu berücksichtigen; ohne Einwilligung des gesetzlichen Vertreters kommt eine Abgabe nur unter den Voraussetzungen des § 110 BGB bei überschaubarer Schadenshöhe in Betracht. Die Arrestierten sind darauf hinzuweisen, dass das Land Berlin die Schadensersatzansprüche vor dem zuständigen Zivilgericht geltend machen kann, wodurch ihnen im Unterliegensfall zusätzliche Kosten entstehen würden.

(3) Eine Niederschlagung von Schadensersatzansprüchen kommt insbesondere in Betracht, wenn

a) angenommen werden kann, dass die Einziehung der Schadenssumme wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arrestierten dauerhaft ohne Erfolg bleiben wird,

b) die Kosten der Einziehung (Verwaltungsaufwand) im Verhältnis zur Höhe des Anspruchs zu hoch erscheinen oder

c) durch die Einziehung der Schadenssumme die Erreichung des Vollzugsziels oder die Eingliederung der Arrestierten gefährdet würde.

7

Diese Verwaltungsvorschriften zu § 23 JAVollzG Bln treten am 01. Dezember 2023 in Kraft.
Sie treten mit Ablauf des 30. November 2028 außer Kraft.

Berlin, 08. November 2023

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Im Auftrag

Gerlach